

Antworten der BayernSPD auf die WPS des Bundesverbandes Deutscher Milchviehhalter

Die Milcherzeuger stehen wieder vor einer Marktkrise. Wie steht Ihre Partei zur Möglichkeit, auf EU-Ebene das Marktkriseninstrument "Freiwilliger Lieferverzicht gegen Entschädigung" gem. Art. 219-222 GMO zu aktivieren, um den Markt wieder mehr ins Gleichgewicht zu bringen?

Wir als BayernSPD unterstützen den Vorschlag – die Münchner Milchmarkterklärung – und werden uns auf Bundes- und EU-Ebene für eine Umsetzung einsetzen.

Das Bundeskartellamt hat wiederholt festgestellt, dass die Marktstellung der Milcherzeuger sehr schwach ist. Wie steht Ihre Partei zu Überlegungen, die Landwirtschaft als eigene Branche i.S.d. Art. 157 GMO anzuerkennen und ihr die Übernahme von effizienter Marktverantwortung zu ermöglichen?

Wir wollen Organisation und Verhandlungsposition der Milchbauern auf dem Markt, d. h. insbesondere gegenüber dem Lebensmitteleinzelhandel, stärken. Daher begrüßen wir den Vorschlag.

Wie steht Ihre Partei zur Möglichkeit, verpflichtend in allen Milchlieferverträgen feste Mengen, Preise und Vertragslaufzeiten vorzuschreiben (Art. 148 GMO) und den Geltungsbereich des Art. 148 GMO auch auf Genossenschaften auszudehnen?

Wir unterstützen einheitliche Verträge, in denen Preis, Menge, Dauer und Kündigungsfristen geregelt sind. Die Ausnahmeregel für genossenschaftlich organisierte Betriebe wollen wir abschaffen. Beides zusammen würde insgesamt zu einer faireren Wettbewerbssituation auf den Milchmarkt führen und im Falle einer Absatzkrise Angebot und Nachfrage stabilisieren bzw. anderen kostenintensiven Interventionen vorbeugen.

Die Ergebnisse der Zukunftskommission Landwirtschaft und der Borchert-Kommission zum Umbau der Tierhaltung liegen seit geraumer Zeit auf dem Tisch. Wie möchte Ihre Partei mit diesen Ergebnisse umgehen bzw. wie soll der Umbau der Nutztierhaltung finanziert werden?

Wir stehen grundsätzlich hinter den Empfehlungen der Borchert-Kommission als Grundlage für die zukünftige Nutztierhaltung in Deutschland. Beim Umbau der Haltungsformen fordern wir, dass die Landwirte von der Allgemeinheit unterstützt werden. Die SPD hat sich auf Bundesebene daher für ein Milliarden-Förderprogramm zum Umbau von Stallungen und eine Tierwohlabgabe auf tierische Lebensmittel eingesetzt. Beides soll eine langfristige Finanzierung sicherstellen.

Wie steht Ihre Partei zur Kombinationshaltung und welche Übergangsphase sieht Ihre Partei für die ganzjährige Anbindehaltung vor?

Kleine und mittlere Betriebe müssen in die Lage versetzt werden, neue Auflagen bei Umwelt und Tierwohl erfüllen zu können, ohne dass existenzielle Notlagen entstehen. Daher muss eine abgewogene Kombihaltung vorerst weiterhin anerkannt sein, um gerade kleineren Betrieben durch längere Übergangsfristen von bis zu zehn Jahren eine Perspektive zu ermöglichen.

Die, ab 2025 vorgeschriebene, bodennahe Ausbringung von Wirtschaftsdünger auf Grünland ist fachlich und ökonomisch umstritten. Wird sich Ihre Partei für weitere Ausnahmen und eine Wiedereinführung der Derogation einsetzen? Auf welcher wissens. Basis werden Sie die roten Gebiete festlegen?

Wir werden uns für die Einhaltung aller Vorgaben der deutschen Düngeverordnung zur möglichst emissionsarmen Ausbringung von flüssigem Wirtschaftsdünger auf Grünland einsetzen.

Wie möchte Ihre Partei den Schutz der Weidetiere vor Wolfsrissen sicherstellen?

Wir erkennen an, dass große Beutegreifer wie der Wolf artenschutzrechtlich geschützt sind und einen wichtigen Beitrag zur natürlichen Regulierung von Wildbeständen leisten. Gleichwohl können Zielkonflikte zwischen Artenschutz und Weidetierhaltung entstehen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass der alleinige Abschuss aber keine nachhaltige Lösung zur Verhinderung von Nutztierissen darstellt. Wir setzen daher verstärkt auf eine vollumfängliche informelle wie finanzielle Unterstützung bei der Errichtung präventiver Herdenschutzmaßnahmen für betroffene Landwirte durch den Freistaat. Bereits eingetretene ökonomische Schäden müssen großzügig entschädigt werden.

Die EU plant, neue molekulare Züchtungsmethoden und Genome Editing zuzulassen. Wie steht Ihre Partei zu diesen Vorschlägen und sieht Ihre Partei hierdurch eine Gefahr für die bäuerliche Landwirtschaft in Bayern?

Wir befürchten eine Umgehung des Vorsorgeprinzips zum gesundheitlichen Verbraucherschutz und stehen dem EU-Vorhaben zur Liberalisierung grundlegender Regulierungsstandards bei NGT-Methoden daher äußerst skeptisch gegenüber. Wir wollen weiterhin mittels Risikoprüfung und Kennzeichnungspflicht gewährleisten, dass Lebensmittelsicherheit, Wahlfreiheit und Transparenz für die Verbraucher sichergestellt sind und eine Umweltgefährdung ausgeschlossen ist.